

Kein Platz für den Süden in Seehofers Agrarpolitik

Entwicklungspolitische Bilanz der Politik des BMELV seit Seehofers Amtsantritt

von Marita Wiggerthale, Oxfam Deutschland

Im November 2005 hat Horst Seehofer sein Amt als Landwirtschaftsminister angetreten. Nach Renate Künast wieder ein Minister ohne Stallgeruch und ein Minister, dessen Herz für das Soziale schlägt. Gute Aussichten für mehr internationale Gerechtigkeit in der Agrarpolitik, möchte man meinen, aber weit gefehlt. Entwicklungspolitische Anliegen haben keinen Platz in Seehofers Agrarpolitik.

Süßere Zukunft verbaut

Den Zuckerbauern im Süden wurde mit der Verabschiedung der Zuckermarktordnung am 24. November 2005 gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine süßere Zukunft verbaut. Während die Agrarminister den Zuckerbauern und der Zuckerindustrie die Reform mit mehreren Milliarden versüßt haben, stehen die LDCs mit leeren Händen da und die AKPs werden mit 40 Mio. € abgespeist.

Das bittere Zuckerdumping geht hingegen weiter. Wegen der Preissenkung kann sogar die doppelte Menge an Süßwaren subventioniert exportiert werden (Forum U&E 2006:26). 36% Zuckerpreissenkung bedeuten zudem das „Export-Aus“ für mehrere AKP-Länder (sehr wahrscheinlich für Madagaskar, Kenia, Elfenbeinküste, VR Kongo, Mauritius). Ein herber Rückgang ist bei den Verlierern auf AKP-Seite bei den Erlösen der Zuckerindustrie, bei den Deviseneinnahmen, beim Staatshaushalt und bei der ländlichen Beschäftigung zu erwarten (Forum U&E 2006:47).

Mit Blick auf die LDCs verkündete Seehofer: „Besonders benachteiligte Länder (LDCs) können ihre Zuckerlieferungen zukünftig deutlich ausweiten und bieten entsprechende Einkommenschancen.“ (BMELV 2005). Doch von den 27 zuckerproduzierenden LDCs werden voraussichtlich nur 5 Staaten von der EBA-Initiative, die für Zucker im Juli 2009 in Kraft tritt, profitieren können. Sollte es dennoch zu einem Anstieg der Importe von 25% gegenüber dem Vorjahr kommen, werden von der Kommission gar automatisch Schutzmaßnahmen in Gang gesetzt. Durch die starke Preissenkung ist zudem der Investitionsreiz für ausländische Konzerne erheblich gemindert worden (Forum U&E 2006:48-49).

Verrat am Entwicklungsversprechen

Während das Jahr 2005 ganz im Zeichen der Armutsbekämpfung stand, zeigte die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong einmal mehr, dass die WTO mit Entwicklung nichts am Hut hat. Für Deutschland stand der Marktzugang für die deutsche Industrie und für deutsche Dienstleistungsanbieter im Vordergrund. Entsprechend verkündete Seehofer denn auch bei einem Gespräch mit Verbandsvertretern, dass die Landwirtschaft „nicht das größte Problem“ sei und es ein „völliges Ungleichgewicht“ mit Blick auf NAMA (Industriegüter) und GATS (Dienstleistungen) gäbe.¹ Entwicklung im Agrarbereich wurde von ihm hingegen auf die Formel „Ende der Exportsubventionen“ und „EBA für LDCs“ verkürzt.

Bei der Diskussion um das Enddatum bei Exportsubventionen erwies sich Deutschland sogar als Blockierer. Der Vorschlag von einigen europäischen Ländern beim Ministerrat in Hongkong, aktiv eine zügige Abschaffung der Exportsubventionen zu unterstützen, wurde von Deutschland abgelehnt. Gleichzeitig setzt sich Seehofer für eine „möglichst flexible Vorgehensweise beim Abbau der Exporterstattungen“ ein (BMELV 2006a, Beschluss des EU-Ministerrats in Hongkong). Mit anderen Worten: die Kleinbauern in den Entwicklungsländern, die durch subventionierte Billigimporte der EU

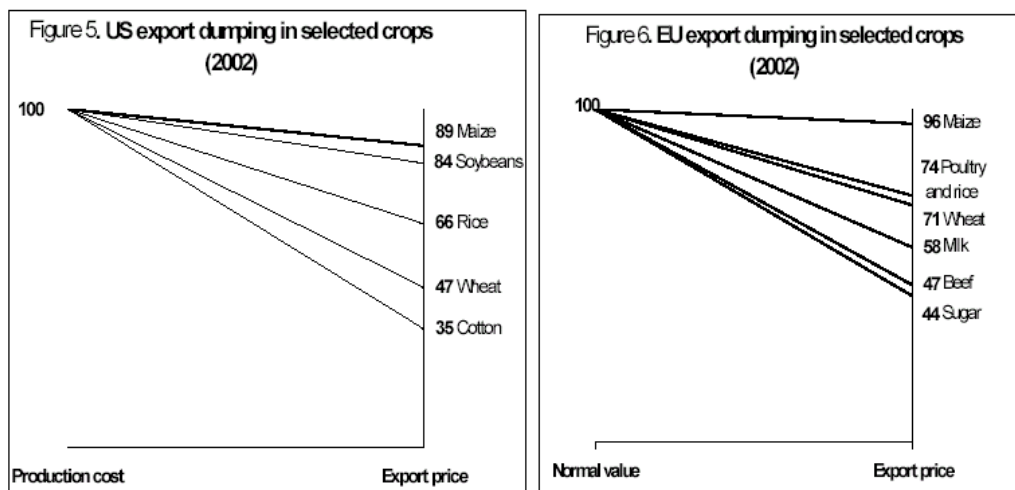
¹ Zum Vergleich ein Auszug aus einer Pressemitteilung des Bauernverbandes vom 13.12.2005: „Ebenso kritisierte der DBV-Präsident, dass die Verhandlungen zu einseitig auf die Landwirtschaft ausgerichtet seien. Während sich der Welthandel mit Agrargütern auf ca. 300 Mrd. US-Dollar belaufe, mache der internationale Handel mit Industriegütern und Dienstleistungen 10.000 Mrd. US-Dollar aus. Insofern sei es völlig unausgewogen, die Landwirtschaft ins Zentrum der Verhandlungen zu stellen“ (DBV 2005).

in ihrer Existenz gefährdet werden, sollen auch weiterhin den Exportinteressen der Ernährungsindustrie geopfert und dem Exportdumping ausgesetzt werden.

Dass Deutschland und die EU es nicht so ernst mit der Förderung der Ernährungssicherheit meinen, zeigte sich nach Hongkong. Die Forderung vieler Entwicklungsländer (G33, G90) nach Zollschutz für Grundnahrungsmittel (20% der Zolllinien) zur Sicherung der einheimischen Lebensmittelproduktion wird nicht unterstützt, denn auch Deutschland hat unter anderem ein Interesse an einem verbesserten Marktzugang für verarbeitete Lebensmittel in Drittländern. Anliegen wie die Förderung der Ernährungssicherheit, der ländlichen Entwicklung und der Beschäftigungssicherung im ländlichen Raum haben keine Priorität.

Beendigung des Exportdumpings nicht im Visier - Umkehr in der Förderpolitik nicht in Sicht

Am Exportdumping und seinen negativen Folgen für die Kleinbauern in Entwicklungsländern sind nicht nur die Exportsubventionen Schuld. Problematisch sind ebenso jegliche produktspezifische Subventionierung von Produkten, die in den Export gehen, sowie Subventionen, die die Überproduktion anheizen (z.B. Investitionsförderung bei Milch, ungleiche Verteilung der Agrarsubventionen). Das Dumping beträgt bei Weizen 29%, bei Milch 42%, bei Zucker 56%, bei Geflügel und Reis je 26% (Oxfam 2005:27).



Source: IATP 2004 (US figure) and Oxfam calculations.⁴³

Zahlen wie diese und zahlreiche Studien belegen die desaströsen Auswirkungen für die einheimische Landwirtschaft und die Lebensgrundlagen von Kleinbauern in Entwicklungsländern. Dennoch werden diese verharmlost bzw. ignoriert.² Handlungsbedarf? Fehlanzeige! Entschädigung für die Schäden z.B. mittels der freigesetzten Exportsubventionen? Niente! Das BMELV sieht tatenlos zu wie die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen im ländlichen Raum gefährdet werden. Im Gegenteil: politische Entscheidungen im Jahr 2006 stellen die Weichen in Richtung Produktionsausweitung und Weltmarktorientierung. Von einer Wende in der Förderpolitik hin zu einer sozial gerechten, bäuerlichen, regionalen, ökologisch verträglichen und tiergerechten Landwirtschaft keine Spur.

Beispiel 1: Investitionsförderung: Im Mai 2006 wurde beschlossen, dass bei Investitionen in der Tierhaltung die bisherige Viehbesatzgrenze von 2 Großvieheinheiten je ha selbst bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche fällt. Einer Aufstockung der Viehbestände durch die Stallbauförderung sind damit jetzt keine Grenzen mehr gesetzt (Agra-europe 21/06). Ein Großteil der Investitionsförderung geht in die Modernisierung der Milchviehhaltung d.h. mit der Investitionsförderung wird die

² So liegen dem BMELV auch nicht Studien „über die Auswirkungen subventionierter Agrarexporte deutscher Unternehmen auf die Landwirtschaft in einzelnen Ländern oder Regionen der Dritten Welt“ vor (Bundesregierung 2006).

Steigerung der Milchproduktion (30-59% auf Betriebsebene) unterstützt und das bei einem bereits vorhandenen strukturellem Milchüberschuss innerhalb der EU.

Beispiel 2: Förderung der ländlichen Entwicklung: Seehofer lehnt die fakultative Modulation von bis zu 20% ab, die im Rahmen der Finanzbeschlüsse 2005 erlaubt ist und die Kürzung der Mittel für die ländlichen Entwicklung ausgleichen könnte. Die fakultative Modulation könnte den ersten Schritt hin zu einer Wende in der Förderpolitik und zu einer Reduzierung des Dumping darstellen, doch er ist politisch nicht gewollt. Gleichzeitig wurde am 22. Juni 2006 die Kürzung der Mittel für die ländliche Entwicklung im Bundeshaushalt 2006 beschlossen. Der finanzielle Kahlschlag bei denjenigen Mitteln, die eine umweltverträgliche Landwirtschaft befördern könnten, wird von Seehofer fortgeführt.

Partnerschaft oder Kumpanei?

„In den ersten Wochen haben wir den Geist der Partnerschaft und einen fairen Dialog gepflegt. Partnerschaft, aber keine Kumpanei – da ist die Grenze“, sagte Seehofer (BMELV 2006). Schöne Worte, die dem Bauernverband gewidmet sind. Ein Beispiel für die selektive Konsultationspolitik bei zentralen Fragen der Agrarpolitik stellt der vom BMELV organisierte Milchgipfel dar. Seehofer hatte den DBV, DBB, DRV, AbL, Bioland sowie Verbände der Milchindustrie und einige Wissenschaftler zu einem ausführlichen Milchgespräch in das BMELV am 03.11.2006 gebeten. Nicht eingeladen waren der Bund der Milchviehhalter (BDM), Umwelt-, Entwicklungs-, Verbraucher- und Tierschutzorganisationen. Die Nicht-Einladung des BDM ist bereits ein Skandal für sich, aber auch der Ausschluss von z.B. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wird der Bedeutung des Milchsektors für die Existenzsicherung von bäuerlichen Produzenten und für den Erhalt der biologischen Vielfalt sowie der ländlichen Räume insgesamt nicht gerecht. Auch ließ die Auswahl der Referenten – ausschließlich Wissenschaftler – keine ausführliche Darstellung der bäuerlichen Perspektive zu.

Zum Hintergrund: In Deutschland sind 110.400 Betriebe in der Milchproduktion tätig, davon allein 51.900 (46%) in Bayern, 15.800 (14%) in Niedersachsen, 14.400 (13%) in Baden-Württemberg und 9.400 (8,5%) in Nordrhein-Westfalen (Destatis 2006). In Bayern halten 70% der bayerischen Haupterwerbsbetriebe Milchvieh, die 80% des Grünlands und etwas 50% des Ackerlands bewirtschaften. Diese Zahlen verdeutlichen den Stellenwert des Milchsektors aus bäuerlicher und Umweltperspektive. Aber auch aus entwicklungspolitischer Sicht kommt der Milchmarktordnung eine große Bedeutung zu. Die meisten Exportsubventionen, nämlich 1.494,4 Mio. Euro (2004) – kommen beim Export von Milchprodukten zum Einsatz. Empfänger der Exportsubventionen sind u.a. Nordmilch, Deutsches Milch-Kontor, Hochland, Nestlé (2001). Mit Hilfe der Exportsubventionen werden Milchprodukte bis zu 42% unter den Produktionskosten in den Entwicklungsländern auf den Markt gebracht (Oxfam 2005). In vielen Entwicklungsländern trägt die Milchproduktion erheblich zur Existenzsicherung der Bauern bei. Gerade diese wird durch das Milhdumping bedroht. Bekannte Beispiele für Milhdumping sind u.a. Jamaika und Burkina Faso.

Kurskorrektur notwendig – Kohärenz herstellen

Die Ausführungen machen deutlich, dass ein „Weiter so“ aus bäuerlicher, Umwelt- und Entwicklungsperspektive nicht akzeptabel ist. Eine Klientelpolitik zugunsten der wettbewerbsfähigen Betriebe und der Ernährungsindustrie führen in die Sackgasse, wenn es um die Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung, dem Erhalt einer vielfältigen Agrarstruktur, der Förderung von lokalen und regionalen Entwicklungsansätzen im ländlichen Raum sowie der Umsetzung des Kohärenzgebots in der Agrarpolitik und damit der Bekämpfung von Armut und Hunger in den Entwicklungsländern geht. Es fehlt hier nicht nur an wegweisenden Worten, sondern auch am konkreten Handeln. Beides liegt in Ihrer Hand, Herr Seehofer!

Berlin, den 18.1.2007

Quellennachweis:

Agra-Europe (2006): Investitionsförderung wird vereinfacht. Länderberichte. Ausgabe 21/06 vom 22. Mai 2006.

BMELV (2005): Seehofer: Wettbewerbsfähige Zuckererzeugung in Deutschland gesichert. Pressemitteilung vom 25.1.2005.

BMELV (2006a): Antwort des BMELV auf kleine Anfrage 16/1999 der Fraktion DIE LINKE vom 28.3.2006.

BMELV (2006): Seehofer verspricht Bauern weniger Bürokratie.
http://www.bmelv.de/nm_757538/DE/12-Press/Interviews/2006-03-28__weniger-Buerokratie.html

Bundesregierung (2006): Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 16/638 vom 14.2.2006.

DBV (2005): Sonnleitner: WTO-Abkommen muss ausgewogen und realistisch sein. Pressemitteilung vom 13.12.2005. http://www.bauernverband.de/pressemitteilung_2834.html

Destatis (2006): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Viehhaltung der Betriebe. Agrarstrukturerhebung. Fachserie 3. Reihe 2.1.3. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.

Forum Umwelt & Entwicklung (2006): Die Zuckermarktreform der EU und ihre Konsequenzen. Bonn.

Oxfam (2005): A round for free. How rich countries are getting a free ride on agricultural subsidies at the WTO. Oxford.